

Sozialzeitung

Halle'sche Neueste Nachrichten ♦ handelsblatt für Mittelddeutschland

Die „Sozial-Zeitung“ erscheint an jedem Wochentag um 6½ Uhr abends. Der monatliche Bezugspreis beträgt 1.40 Goldmark, der vierteljährliche 4.00 Goldmark, der halbjährliche 7.50 Goldmark, der jährliche 14.00 Goldmark. Der Einzelheftpreis beträgt 10 Pfennige. Die Anzeigen-Preise sind nach dem Tarif der Reichsanzeiger-Verordnung vom 1. April 1924 festgesetzt. Die Anzeigen-Preise sind nach dem Tarif der Reichsanzeiger-Verordnung vom 1. April 1924 festgesetzt.

Die Anzeigen werden nach Kolonnen-Preisen berechnet. Die Zeile 0,21 Goldmark. Derzeitige Preis: 10 Pfennige. Einmalige Anzeigen: 10 Pfennige. Wiederholende Anzeigen: 5 Pfennige. Die Anzeigen-Preise sind nach dem Tarif der Reichsanzeiger-Verordnung vom 1. April 1924 festgesetzt.

De Kunst des Schweigens.

Verhandlungen im „Auswärtigen Ausschuh“.

Im Auswärtigen Ausschuh des Reichstages hat es am Dienstag wieder einmal den nachgerade üblichen Standal gegeben. Der Vorsitzende, der Sozialdemokrat Hermann Müller, stellte in der denkbar vorfichtigsten Form die Kommunisten, wie sie es mit der Vertraulichkeit zu halten gedächten, nachdem vor längerer Zeit ein amtliches Schreiben der Moskauer Internationale bekannt geworden war, worin die kommunistischen Abgeordneten den Befehl erhielten, die Vertraulichkeit des bürgerlichen Parlamentarismus um jeden Preis zu sabotieren. Die Kommunisten wichen aus, hatten sogar die Unverfrorenheit, den Spieß umzudrehen und sich darüber zu beschwären, daß vor der Tagung des Auswärtigen Ausschusses der Außenminister die Vertreter der großen Parteien empfangen und ihnen Mitteilung über die diplomatische Lage gemacht hat. Selbst, daß sie sich darüber wundern. Die ganze Vertraulichkeit des Auswärtigen Ausschusses ist ja schon längst zu einer Farce geworden.

Er war leinzeit eingeleitet vielleicht sogar als eine Art Kontrollorgan des Reichstages über die Regierung, zum mindesten aber als ein Gremium, worin Mitteilungen gemacht werden konnten, die sich für eine irgendwie durchsichtige Öffentlichkeit nicht eigneten. Deshalb war die Auswahl besonders streng getroffen; der Auswärtige Ausschuh ist der Einzige, zu dem Abgeordnete, soweit sie nicht kommunistischer Natur sind, keinen Zutritt haben. Trotzdem ist alles, was darin erzählt wurde, ins Gespräch gekommen, nicht zuletzt deshalb, weil die Strenge der Auswahl wohl für die Abgeordneten nicht oder für die Regierungsvertreter gilt. Was da alles durch die sonst so streng bewachten Türen aus und einfiel, entzog sich in keiner Distriktsfähigkeit jeglicher Kontrolle, mit dem Erfolg, daß schon aus Wichtigkeit alles weitergeschickt wurde, was schon im nationalen Interesse hinter verschlossenen Türen hätte gehalten werden müssen.

Kein Zweifel also, daß der Auswärtige Ausschuh die Voraussetzungen nicht erfüllte, unter denen er leinzeitig gebildet war. Man ist deshalb schon im alten Reichstag dazu übergegangen, an seine Stelle Besprechungen des Außenministers mit Vertretern der einzelnen Parteien zu setzen, bei denen der Kreis der Wissenden sehr viel enger gezogen und die Vertraulichkeit insoweit besser gewahrt ist. Der Einzug der Kommunisten nach dem ihrem Programm ein solches Verfahren geradezu zur Pflicht. Man hat im Krieges Jahr manches Mal davon gemunkelt, daß Mitteilungen, die von der Regierung den Abgeordneten gemacht wurden, auf allerhand Umwegen ins Ausland gelangt sind, heute wäre das nach der Arbeitsmethode der Kommunisten eine glatte Selbstverständlichkeit. Nur ein praktisches Beispiel: Die Verhandlungen mit Rußland wegen der Welsing des Zwischenfalls in der Berliner Handelsdelegation nehmen ihren Fortgang. Es wäre an sich denkbar, daß die Reichsregierung den Vertretern der Parteien über den Stand der Verhandlungen und über die Ziele der deutschen Politik Mitteilung machen. Gefährlich das aber, dann wäre die selbstverständliche Folge, daß man in Moskau irrtümlich in drei Tagen genau über das unterrichtet wäre, was die deutsche Regierung will und die Parteien danach handeln könnten.

Solange also die Kommunisten nicht bindende Sicherheiten dafür geben, daß sie ihr Wissen für sich behalten und nicht sofort an ihre ausländischen Auftraggeber verbleiben, ist es ausgeschlossen, daß ein Minister, der es mit seiner Pflicht ernst nimmt, dem Auswärtigen Ausschuh noch irgendwelche vertrauliche Mitteilungen macht. Der Ausschuh wird solange nur eine Kuffe sein als Dekoration für irgendwelche Schattenpleie, die eigentliche Handlung wird weiter auf den Bühnenraum des Auswärtigen Amtes verurteilt, wo im Arbeitssimmer des Ministers die Türen schließlicher sind.

Es hat denn Dr. Stresemann es tatsächlich auch gemacht. Er hat die Mittelparteien, die

Die Regierungserklärung Herriots.

Der Geist Poincares.

Paris, 18. Juni. Zu der Regierungserklärung, die gestern in der Kammer vom Ministerpräsidenten Herriot und im Senat vom Justizminister Renaux im Anschluß an die Besichtigung des Präsidenten verlesen wurde, heißt es u. a.: „Im Innern wie nach außen hat die Regierung nur ein Ziel: Frankreich in der Arbeit und durch den Fortschritt den Frieden zu geben, den es so sehr verdient, nachdem den moralischen Frieden. Wir sind zwar entschlossen, keinen Schritt beim Waffen aufrechtzuerhalten und das Geles über die geistlichen Orden durchzuführen, aber das alles in keiner Weise aus dem Bewußtsein der Verpflichtung und Intoleranz heraus.“ Die Erklärung lautet dann an, daß die Regierung einen großen Ansehungswurf einbringe, der nur Verträge und Verträge ausfüllende und der die Wiederherstellung der beim Streit 1920 entfallenen Reparationen betreffen werde. Das Ermächtigungsgesetz soll unverzüglich ausgehen. Die Erklärung verpricht ferner die Aufrechterhaltung des Achtstundentages, die Staatsindustrialien neu zu modernisieren, aber nicht zu belästigen. Das ganze Programm der Regierung läßt sich ohne eine kräftige Finanzgebarung nicht durchführen. Die Regierung werde ein wackelnder Stütz der französischen Kreditbank sein.

Sodann geht die Erklärung auf die Außenpolitik und die Sicherheiten Frankreichs ein. Herriot führte darin aus, daß auf militärischem Gebiet eine Herabsetzung der aktiven Dienstzeit beabsichtigt sei. Die Regierung werde mit Festigkeit die im Friedensvertrag niedergelegten Rechte Frankreichs verteidigen, das Ansehen auf Reparationen habe und die sie im Namen der Gerechtigkeit verlange. Sobald Deutschland hinsichtlich der Reparationen und der Sicherheit sein Verhalten mit dem Friedensvertrag in Einklang gebracht habe, werde es ihm völlig freistehen, in den Völkern einzuwirken, die die Regierung bei seinen die Politik der Notwendigkeit und der Gewalt, die zu territorialen Besetzungen und zu Plünderungen führe. Ansehen der Notwendigkeit, nicht allein Frankreich, sondern alle Völker gegen eine neue Offensiv des nationalstiftenden Mißgeschicks zu schützen.

hät die Regierung es nicht für möglich, das Ansehen zu schämen, bevor die Völker mit wirksamen Garantien für die Durchführung konstituierter und den zu ihrer Verwaltung bestimmten internationalen Organisationen übergeben seien. Die Regierung habe ferner eine gemeinsame Herabsetzung der Entschädigung Deutschlands durch die Alliierten als selbst wie möglich durch die Kontrolle des Völkerbundes für nötig.

Das Sicherheitsproblem soll durch Garantien gelöst werden. Frankreich werde mit allen Mitteln für einen aufrechten und dauerhaften Frieden arbeiten. Seine Regierung werde nach seinen Kräfte bei allen Völkern den demokratischen Geist ermutigen, auf den sie sich selbst beruhe. Der Völkerbund und alle internationalen Einrichtungen zum Zwecke der Sicherung oder des schiedsgerichtlichen Ausgleiches sollen beauftragt werden. Die Regierung werde eine Vertiefung der Bande zwischen Frankreich, seinen Alliierten und seinen Freunden erstreben. Mit ihrer Hilfe sollen dann Garantien der Sicherheit gewährleistet werden, die der Sachverhalt gegenüber vorliegt. Frankreich werde aber gegenüber jenen Deutschen, die den Renegaten sind, dem moralischen Geist nähren, keinen Schutz kennen. Es

empfangen und die Sozialdemokraten, Deutschen und ihnen über den gegenwärtigen Stand der Verhandlungen mit der Reparationskommission eingehende Mitteilungen gemacht. Was im Auswärtigen Ausschuh nicht hinübergeliefert wurde, war wenig mehr als ein geschickliches Referat, dessen Bekanntheit keinen Schaden anrichten kann. Wenn aber die Reparationskommission ihr letztes Wort gesprochen hat, dann wird man vielleicht erneut den Auswärtigen Ausschuh bemühen und ihm „vertraulich“ den Inhalt der Abmachungen zur Kenntnis bringen, kurz bevor die entsprechenden Vorlagen dem Reichstag zugehen. Das ist ein unbequemer Zustand, der die Kommunisten zwingen ja zu derartigen Methoden.

Wir sind ja leider noch weit davon entfernt, daß man bei uns, wie in England schon längst, sagen kann: Sobald der deutsche Außenminister spricht, spricht das deutsche Volk. Und doch hätten wir ein solches Zusammenhalten sehr viel nötiger als

wünsche, daß die deutsche Demokratie sich kräftige, und sei schon jetzt zu Maßnahmen des Wohlwollens bereit. Es erriet kam schließlich auf die Beziehungen Frankreichs zu Rußland zu sprechen und teilte mit, daß Frankreich schon heute die Wiederhernahme der normalen Beziehungen zu Rußland vorbereite.

Die Kammeraktionen des Viods der Dinten veränderten sich über die gemeinsame Tagesordnung, die der Regierung das Vertrauen auspricht und deren Annahme mit großer Mehrheit von Anfang an sicher war.

Die Erklärung des Präsidenten.

Paris, 17. Juni. (Radiotele.) Der Präsident der Republik Doumergue gab heute im Ministerrat Kenntnis von der Botschaft, die er an Kammer und Senat richtete. In seiner Botschaft erklärte Doumergue:

„Infer Land hegt keinen gefährlichen Ehrgeiz. Es verlangt nur die Zahlung der Reparationen, die ihm feierlichst versprochen wurden, und Sicherheitsgarantien, die nicht illusorisch sind. Durch die Sachverhaltigen-gutachten scheint die Reparationsfrage einer demnächstigen Lösung entgegengekommen zu wollen. Aber wir dürfen in unserem persönlichen Willen nicht so weit gehen, unzurechnungsfähig einzuschließen, um die Lehren der Vergangenheit zu vergessen. Frankreich darf nicht auf die Kontrolle verzichten, welche es kraft der Friedensverträge über seinen Besitztum ausübt, der ihm den Wunsch einflößt, daß die Reparationen vorbereitet, anstatt die unterzeichneten Verpflichtungen einzuhalten. Das Parlament sehr nach Laub lichen den Frieden ebenso sehr nach Außen wie im Innern und werden sich daher bemühen, den einen wie den anderen auf fester Grundlage aufzubauen. Mein innigster Wunsch ist es hierbei, soweit es die Verfassung erlaubt, zu helfen und Frankreich aus weiterer Gefahr und meine Hingabe zur Verfügung zu stellen.“

Das Drängen auf Militärkontrolle.

Paris, 18. Juni. Vorläufig hielt die Besetzung Herriots mit Klamon Macdonald im Vordergrund des allgemeinen Interesses. Von den Alliierten behauptet „Journal“ in ziemlich bestimmter Weise, daß zur Sprache gebracht werden: 1. Die Ausübung des Sachverhaltigenberichts 2. das Ruhrproblem, 3. die Lösung des Reparationsproblems. „Journal“ fügt hinzu: „Die wichtigste Frage, die erörtert werden soll, ist ohne Zweifel diejenige, die sich auf die Reparationen abhebt.“ Die Frage der Aufnahme der Militärkontrolle ist für die Alliierten ein Lebenslaufes auf unsere Besatzungsgruppen im Ruhrgebiet (2) gelöst werden. Dieser Bericht wurde für so schwerwiegend befunden, daß er auf der Stelle der englischen Botschaft übermittelt werden ist. Die Frage der Aufnahme der Militärkontrolle läßt sich daher nicht länger umgehen.“

die Engländer, denn nur damit können wir überhaupt etwas erreichen. Eine Opposition, die ins Blaue hineinsetzt, sich gar in persönlichen Angriffen verzettelt, ist wertlos und schließlich, eine Opposition dagegen, die in schicksalshemeren Stunden bereit ist, auch mit dem Außenminister zusammenzuspielen, kann sogar nützen. Man verlangt von uns Konzeptionen auf allen Gebieten. Kann der Außenminister sich darüber zumal mit der nationalen Opposition verhandeln und in London und Paris darauf hinweisen, daß der Druck des Völkerspruchs zu stark ist, als daß er über eine bestimmte Linie hinausgehen könnte, dann hat er wenigstens immerhin einige Trümpe in der Hand. Es hat erfreulicherweise nach mancherlei Anzeichen der letzten Tage den Anschein, als wenn die Deutschnationalen trotz ihrer Antipathie gegen Dr. Stresemann das Geheimnis dieser Kunst befrachten haben und zu nützen gemittelt sind, wenigstens so lange, bis wir über den schwierigen Kern des Sachverhaltigen-gutachtens hinweg sind.

Verstimmung zwischen Italien und England?

London, 18. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Der Daily Telegraph berichtet, daß eine Entfremdung der Freizien der Alliierten bezüglich des an Matteotti begangenen Verbrechens in Anwesenheit und ohne Widerspruch Klamon Macdonalds und führender Mitglieder des Kabinetts einstimmig angenommen worden sei. In parlamentarischen Kreisen wird großes Erstaunen über die Entfremdung ausgedrückt, da der Ton der Entfremdung von der italienischen Regierung für sehr verletzend angesehen wird.

„Agenzia Stefani“ bringt die Meldung, daß das an Matteotti begangene Verbrechen in der öffentlichen Meinung auch unter den Alliierten allgemeine Entrüstung hervorgerufen hat. Gegenwärtig wird die Lage mit viel größerer Ruhe betrachtet. Die Alliierten erkennen an, daß man sich nunmehr auf gutem Wege befindet. Sämtliche Urheber des Verbrechens sind verhaftet und die Festnahme einiger Helfershelfer bereits bevor. Mussolini wünscht, daß gegen die Schuldigen — um wen es sich auch handle — die volle Strenge des Gesetzes angewandt wird. Die großen Arbeiterorganisationen der Sozialdemokraten, Katholiken und andere Parteien haben ihre Mitglieder aufgefordert, ruhig zu bleiben und sich aller Rumbegewegung zu enthalten. Einige Arbeiter haben jedoch lebhaftig zwischen Alliierten und antialliierten Studenten in verschiedenen Universitätsstädten faßt.

Rom, 18. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Aus allen Teilen Italiens strömen die Alliierten Formationen in Rom zusammen. Man sieht die Sturmtruppen der Faschisten mit Fesseln und Mäntel den Korso auf und abziehen. Minister Federzoni hat gestern das Ministerium des Innern übernommen und dabei in einer Ansprache an die Beamten sie zur hingebungsvollen Mitarbeit aufgefordert. Viel er sich als treuer Interpret Mussinis bekannte.

Cummins wird ausgehert.

Aus Mexiko wird gemeldet, daß die mexikanischen Behörden beschlossen haben, den englischen Gesandten Cummins in dem Vertragsverhandlungen der Faschisten mit Mexiko die Regierung vorläufiglich eine Reduzierung ihres Verhaftens. Es erklärt, sie wolle kurze Zeit abwarten, ob die freundschaftlichen Bemühungen des italienischen Gelehrten, Großbritannien zur Abfertigung des Vertreters Cummins zu veranlassen, Erfolg haben werden. Falls Cummins nach Ablauf der Frist Mexiko nicht verlassen habe, werde er ausgewiesen werden.

Französische Schwindelmänner.

Seltene Freizeitalien im beliebten Gebiet. Reiche täglich kommen aus den beliebten Gebieten Meldungen französischen Ursprungs über Wallenameraktionen. Das neueste desobediente Bonas-Telegramm meldet sogar von der Abfertigung von 7000 A u s w e i s u n g e n zu bedürfen. Alle Welt ist natürlich über diesen Umwälzung der französischen Politik begeistert und freut sich, daß den Vertriebenen die Heimat, den Gefangenen die Freiheit wiedergegeben wird. Seltener Weise können sich nur nicht die Vertriebenen und Gefangenen selbst an dieser Freude beteiligen — denn sie haben bisher noch nichts von der Wallenameraktion gemerkt. Ebenso ist man auch in Regierungskreisen sehr erfreut, ständig von Freizeitalien zu hören, ohne aber solche oder ähnlicher Laune tatsächlich feststellen zu können. Auch die durch die ganze deutsche Presse gegangene Meldung von der erlaubten Rückkehr mehrerer hoher rheinischer Beamter hat sich als eine französische Unwahrheit herausgestellt.

Man kann sich des starken Eindruckes nicht erwehren, daß die französische Regierung Herriot'scher Prägung ein falsches Spiel treibt. Wenn man in Paris glauben sollte, die deutsche Besatzung für die Alliierten mehr als jeder andere genaugenommen. Freizahlung der Gefangenen und Rückkehr der Ausgewiesenen — allein durch lächerliche und betrügerische Tendenzmeldungen erfüllen zu können, dann befindet man sich in einem gewissen Verstum. Mit solchen Meldungen wird mancher Herriot noch nicht jemand bei uns Glück haben. Solange die Gefangenen nicht tatsächlich die Kerer hinter sich haben und die Ausgewiesenen heimlich den Boden unter ihren Füßen fühlen, erscheint es angebracht, solchen „Freizalungen“ gegenüber ein hartes Misstrauen an den Tag zu legen.

Die französische Regierungserklärung, die gestern im Parlament verlesen wurde, kündigt einen Strafakt an. Es heißt darüber: „Der Strafantrieb, der von der Regierungsbekanntmachung gemacht worden ist, wird in eine endgültige

